

## Erklärung von Helmut Schmidt (Helsinki, 30. Juli 1975)

**Legende:** In einer am 30. Juli 1975 abgegebenen Erklärung unterstreicht Bundeskanzler Helmut Schmidt die Ergebnisse der Konferenz zur Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und fordert deren schnelle Durchführung zur Fortführung der Entspannungspolitik zwischen Ost und West.

**Quelle:** Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung. Hrsg. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung. 01.08.1975, Nr. 98. Bonn: Deutscher Bundesverlag. "Erklärung von Helmut Schmidt (Helsinki, 30. Juli 1975)", p. 921-923.

**Urheberrecht:** (c) Presse- und Informationsamt der Bundesregierung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/erklarung\\_von\\_helmut\\_schmidt\\_helsinki\\_30\\_juli\\_1975-de-b5644902-545f-432e-8cf3-a11bf924d54c.html](http://www.cvce.eu/obj/erklarung_von_helmut_schmidt_helsinki_30_juli_1975-de-b5644902-545f-432e-8cf3-a11bf924d54c.html)

**Publication date:** 03/07/2015

## Erklärung von Helmut Schmidt (Helsinki, 30. Juli 1975)

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf zunächst all denjenigen mich anschließen, die ihren Dank ausgesprochen haben an die Adresse von Herrn Präsident Kekkonen, an die Adresse der finnischen und der schweizerischen Regierung für ihre Gastfreundschaft und für die Beiträge, die sie zur Vorbereitung dieser Konferenz geleistet haben.

Aus der Sicht der Bundesrepublik Deutschland wird mit der Unterzeichnung der Konferenzdokumente die Politik des Friedens ein wesentliches Stück vorankommen. Die Staaten Europas und Nordamerikas haben in der Erkenntnis gemeinsamer Verantwortung versucht, "Brücken der Zusammenarbeit zwischen den Systemen über das Trennende hinweg" zu schlagen - mit eben diesen Worten hatte im April 1973 hier in Helsinki der damalige Außenminister und heutige Präsident der Bundesrepublik Deutschland, Herr Walter Scheel, den Auftrag dieser Konferenz umrissen.

Mein Land hat diese Bemühungen von Anfang an nachdrücklich unterstützt. Die Sicherung des Friedens und der Abbau der Spannungen sind fundamentale Ziele der Regierung der Bundesrepublik Deutschland; denn kein Volk in Europa spürt stärker als das deutsche die von der Spaltung unseres Kontinents ausgehenden Gefahren.

Die Beilegung der Kuba-Krise war der erste Schritt fort von der militärischen Konfrontation, und mit dem Atomtest-Stoppvertrag haben dann die Vereinigten Staaten von Amerika und die UdSSR den langen, mühsamen Weg der Entspannung, der uns heute hier in Helsinki zusammengeführt hat, beschritten, einen Weg, auf dem die Etappen des Nichtverbreitungsvertrages (NPT) oder die erste Vereinbarung über die Begrenzung strategischer Angriffswaffen, auch SALT genannt, wichtige bisherige Ergebnisse gewesen sind.

Die Bundesregierung hat seit Jahren aktiv zu diesem Prozeß der weltweiten Entspannung und der Sicherung des Friedens beigetragen. Ich erwähne besonders die unter der Verantwortung der Herren Willy Brandt und Walter Scheel zustande gebrachten Verträge, die wir geschlossen haben, nämlich

- unseren Vertrag mit der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom August 1970
- unseren Vertrag mit der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung der gegenseitigen Beziehungen vom Dezember 1970
- unseren Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom Dezember 1972

und ebenso erwähne ich

- den Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik vom Dezember 1973.

Schließlich haben die Vier Mächte durch ihr Abkommen vom 3. September 1971 Berlin in den Prozeß der Entspannung einbezogen.

Der Deutsche Bundestag und die Bürger meines Landes betrachten die Ergebnisse dieser Konferenz mit Anerkennung, gleichwohl aber auch ganz nüchtern. Auf Jahrzehnte der Konfrontation folgt nicht über Nacht eine Epoche der Kooperation. Und für den Prozeß der Entspannung genügt auch nicht ein einmaliger Anstoß; sondern er braucht unser aller ständiges, unser aller stetiges Zutun, damit dieser Prozeß kontinuierlich fortschreitet. Aber wir können andererseits feststellen, daß nach einer Reihe von Jahren der Entspannungspolitik die Staaten nun einander näher gekommen sind. Gewiß kann unter 35 Staaten Übereinstimmung oft nur auf einem relativ kleinen gemeinsamen Nenner erzielt werden. Zwischen Ost und West bleiben fundamentale Unterschiede in den ideologischen Systemen, in den politischen und wirtschaftlichen Systemen.

Aber zum ersten Mal sind hier in den Dokumenten dieser Konferenz wichtige Formeln des Friedens durch Entspannung und durch Zusammenarbeit von den Staaten in Ost und West als gemeinsame politische Absicht niedergeschrieben worden und damit sind Maßstäbe gesetzt worden.

Es wäre gewiß falsch, beim gegenwärtigen Stand der Beziehungen zwischen Ost und West die unmittelbaren Erwartungen zu hoch anzusetzen. Der Fortschritt der Entspannung, das haben schon viele Redner vor mir heute nachmittag hier ausgeführt, ich schließe mich dem an - der Fortschritt der Entspannung -, hängt vielmehr davon ab, ob wir und wie weit wir auf der gemeinsam erarbeiteten Grundlage nun in der Zukunft zu praktischen Schritten kommen, zu praktischen Schritten, die den Hoffnungen der Menschen gerecht werden. Diese Konferenz könnte dann bald vergessen sein, wenn wir nicht alle hart dafür arbeiten, daß die Hoffnungen auch tatsächlich erfüllt werden.

Wir haben im gesamteuropäischen Zusammenhang allgemeine Grundsätze des Verhaltens von Staaten untereinander bekräftigt. Die Bundesrepublik Deutschland hat von jeher den Verzicht auf die Androhung und den Verzicht auf die Anwendung von Gewalt als Grundlage ihrer Politik betrachtet. Das gilt auch und gerade in bezug auf die Änderung von Grenzen. Grenzen sind unverletzlich; sie müssen aber friedlich und einvernehmlich verändert werden können. Unser Ziel bleibt es, auf einen Zustand des Friedens in Europa hinzuwirken, in dem das deutsche Volk in freier Selbstbestimmung seine Einheit wiedererlangt.

Die nach dem Grundsatz I der Konferenzdokumente mögliche Veränderung von Grenzen auf friedliche Weise und durch Vereinbarung ist wichtig ebenso im Hinblick auf das erklärte Ziel der Europäischen Gemeinschaft, auf das erklärte Ziel neun europäischer Staaten, zu einer Europäischen Union zu werden.

Für die Bundesrepublik Deutschland ebenso wie für andere Teilnehmerstaaten ist wesentlich, daß die Konferenztexte die bestehenden Rechte und Verpflichtungen sowie die diesbezüglichen Verträge, Abkommen und Abmachungen nicht berühren.

Desgleichen ist für uns die Absicht der Teilnehmerstaaten wichtig, die Ergebnisse dieser Konferenz in ganz Europa wirksam werden zu lassen - also auch in Berlin. Die Entspannung muß sich ja auch überall in Europa und nicht zuletzt in Berlin bewähren; denn die Berliner haben, mehr als manche andere Europäer, die Spannungen und Konflikte erlebt, die in langen Jahren des kalten Krieges ihre Stadt zu einem Schauplatz der Unruhe und einer auf die ganze Welt ausstrahlenden gefährlichen Nervosität gemacht haben. In diesem Zusammenhang begrüße ich die Feststellung, die der britische Premierminister hierzu heute nachmittag getroffen hat.

Wir hoffen, daß das Vertrauen der europäischen Völker zueinander auch durch die Vereinbarungen über die Ankündigung von Manövern gefördert wird. Sicherlich darf der unmittelbare militärische Wert dieser Absprache nicht überschätzt werden; an der Sicherheitslage in Europa ändert sich hierdurch noch nicht viel. Aber diese Absprache ist ein politischer Fortschritt auf dem Wege zu weiteren Vereinbarungen, durch welche die militärische Bedrohung herabgesetzt und die gefährliche Massierung von Truppen und Waffen in Europa verringert werden soll.

Die Gespräche in Wien über beiderseitige ausgewogene Truppenreduzierungen (MBFR) können nunmehr - auf Helsinki aufbauend - zu Fortschritten geführt werden. Wir denken, das Ziel muß sein, die Europäer von Furcht vor einem Krieg zu befreien, die Rüstungslasten zu verringern und dabei ein stabiles Gleichgewicht der Kräfte zu erhalten. Ich mache keinen Hehl daraus, daß ich mir davon, zumal als Sozialdemokrat, zugleich eine Steigerung unserer sozialen Wohlfahrt und unseres wirtschaftlichen Fortschrittes erwarte.

Wir haben den festen Willen, meine Damen und Herren, die bisherige Politik der wirtschaftlichen Kooperation zu intensivieren. Mein Land steht damit allerdings nicht erst vor dem Beginn; vielmehr haben wir unseren Wirtschaftsaustausch mit den Staaten Osteuropas in den letzten fünf Jahren bereits ungewöhnlich gesteigert. Wir werden dies auch künftig fortsetzen und uns dabei durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftsordnungen, durch die Unterschiedlichkeit der Wirtschaftssysteme nicht entmutigen lassen. Es gilt, die beiderseitigen Ressourcen zum gegenseitigen Vorteil, zum gemeinsamen

Vorteil stärker zu nutzen und durch eine vertiefte Zusammenarbeit der Volkswirtschaften den Frieden zu fördern.

Was die Notwendigkeit menschlicher Begegnung, über den Informationsaustausch, über die Zusammenarbeit in Kultur und Bildung angeht, darüber haben die Konferenzteilnehmer ausführlich gesprochen; die bisherigen Ergebnisse können uns in denjenigen Staaten, in denen die Freizügigkeit der Menschen und der Meinungen selbstverständlich ist und in denen diese Freizügigkeit ursächlich für die Vielfalt der Ideen und auch für die Wohlfahrt der Länder ist, sie können uns nicht voll befriedigen.

Die Menschen müssen einstweilen mit dem vorliebnehmen, was angesichts der Systemunterschiede und angesichts des noch bestehenden Mißtrauens heute möglich ist. Aber die Menschen haben den dringenden Wunsch nach Abbau der noch bestehenden Beschränkungen. Sie erwarten fühlbare Fortschritte im Zusammenleben der Menschen in Ost und West, sie erwarten mehr Reisen über die trennenden Grenzen hinweg, sie erwarten bessere Arbeitsbedingungen für ausländische Journalisten, sie erwarten verstärkten Austausch von Jugendlichen und von Sportlern. Vertrauen setzt Begegnung voraus.

Die Politiker werden in allen Staaten, unabhängig von deren Verfassungssystem oder von deren gesellschaftspolitischem System, die Politiker werden daran gemessen, ob sie die moralische Stärke und ob sie die politische Kraft aufbringen, aus vernünftigen Prinzipien, die hier im Augenblick auf dem Papier stehen, ob sie daraus nachprüfbar Wirklichkeit machen.

Die Bürger in allen unseren Ländern haben schon viele internationale Konferenzen beobachtet, und sie sind manchmal demgegenüber skeptisch gestimmt. Wir müssen sie durch substantielle Fortschritte in den Beziehungen zu ihren europäischen Mitbürgern davon überzeugen, daß es sich bei diesen Dokumenten nicht bloß um ein kunstvolles Werk der Diplomatie handelt, sondern um eine Aufforderung zum Handeln, die keiner, ohne Schaden für sich selbst, später ignorieren kann.

Die Unterschrift, meine Damen und Herren, die wir hier leisten, bedeutet deswegen eine schwerwiegende Verpflichtung für uns alle, die wir unterschreiben; den Worten dann die Taten und die Praxis folgen zu lassen.

Hier steht die Glaubwürdigkeit eines jeden einzelnen von uns, eines jeden einzelnen Staats- und Regierungschefs in West und Ost auf dem Spiele.

Vor zwei Jahren waren sich alle beteiligten Regierungen bewußt, daß wir mit dieser Konferenz in vielerlei Hinsicht Neuland betreten würden. In ihrer Zielsetzung ist diese Konferenz, diese KSZE, ohne Vorbild. Sie hat zum ersten Mal die Staaten Europas und Nordamerikas mit der ganzen Breite ihrer Probleme an einen gemeinsamen Tisch gesetzt.

Diese Konferenz hat für Europa kein neues Völkerrecht geschaffen. Aber wir haben gemeinsame Regeln geschaffen für die Art und Weise, wie wir in Europa miteinander umgehen und wie wir in Europa zusammenleben wollen.

Hier in Helsinki bekräftigt und dokumentiert Europa gemeinsam mit den Staaten Nordamerikas einen neuen Schritt auf dem Wege zur Stabilisierung des Friedens. Dies ist ein Weg, auf dem wir mit Geduld und Beharrlichkeit und ohne uns durch Rückschläge entmutigen zu lassen, Schritt für Schritt weitergehen müssen. Die Nachbarn der Bundesrepublik Deutschland, die Nachbarn in Ost und West, können sich dabei auf unsere Stetigkeit verlassen. Wir werden unsere europäischen Pflichten erfüllen.

Ich danke Ihnen, Herr Präsident.